

„Reagan begreift die Welt nicht mehr“

Der umstrittenste US-Präsident der Nachkriegsgeschichte kommt nach Bonn und Berlin. Demonstrationen, Zweifel an seiner Friedensliebe, eine zerstrittene

Allianz – die Voraussetzungen für den Besuch sind kaum ideal. Aber seit kurzem schlägt Ronald Reagan neue Töne an, Hinweis auf einen „neuen“ Reagan?

Amerikas 35. Präsident zu Besuch in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Hunderttausende sind auf den Straßen, umjubeln John F. Kennedy, jauchzen, als er auf deutsch verkündet: „Ich bin ein Berliner.“

Es war im Sommer 1963. Amerika, das gerade erst begann, sich in den Vietnamkrieg zu verstricken, stand ungefochten als strahlendes Vorbild und hochgeschätzte Schutzmacht der Bundesrepublik da. Zum erstenmal in ihrer jüngeren Geschichte waren die Deutschen für alle Welt sichtbar auf der Seite der Starken und Guten – und die auf ihrer.

Im Sommer 1978 besuchte Amerikas 39. Präsident die Bundesrepublik und West-Berlin, und da war schon alles ganz anders. Kaum jemand ging auf die Straßen, um Jimmy Carter zu begrüßen. Die

Deutschen wußten nichts anzufangen mit dem bigotten Menschenrechtskämpfer; Vietnam und Watergate hatten viele Amerika-Gläubige ernüchtert.

Nun steht Amerikas 40. Präsident ins Haus. Hunderttausende werden auf den Straßen sein, die meisten aber keineswegs, um Ronald Reagan willkommen zu heißen. Schon im Februar, gleich nach Bekanntgabe des Besuchsdatums, kündigte eine breite Front von Friedenskämpfern und Rüstungsgegnern an, daß sie diesem Präsidenten der USA seinen Aufenthalt in deutschen Landen gründlich versalzen werde. „Reagan go home“, lautet die Parole der Radikalen und ihrer Mitläufer. „Sonne statt Reagan“ die der naiveren Gemüter.

Sie werden – wie im vorigen Oktober zur großen Bonner Friedensdemonstration – aus Sonderzügen und Bussen quel-

len. Motto: „Reagan kommt nach Bonn – Du auch?“ Und mögen ihre Reihen auch lange nicht mehr so fest geschlossen sein wie 1981 im Oktober – dem unliebsamen Gast soll ein Empfang bereitet werden, wie er noch kaum einem Staatsbesucher, keinem westlichen Autokraten, keinem kommunistischen Parteichef, keinem Drittwelt-Diktator, allenfalls noch dem Schah 1967 zuteil wurde. Vorige Woche bereits explodierten die ersten Sprengsätze vor militärischen Anlagen der USA in der Bundesrepublik.

Der Gast selbst, Ronald Reagan, 71, wird, wenn er mit dem Hubschrauber von Auftritt zu Auftritt fliegt, kaum viel von diesem Empfang zu sehen bekommen. Denn die Sicherheitsmaßnahmen werden – wie überall in Europa, wohin Reagan seinen Fuß setzt, in Paris, Lon-





Verbündete Reagan, Schmidt in Washington 1981*: „Amerika war ausgebrannt, die Leute sehnten sich nach Normalität“

don und Rom – alles bisher Bekannte übersteigen.

Vor dem Schloß von Versailles schützten 10,5-Zentimeter-Fla-Batterien den mit Reagan tagenden Weltwirtschaftsgipfel vor Terrorangriffen aus der Luft. Und Bonn bot etwa 7500 Mann Polizei auf, um zu verhindern, was Politiker und Sicherheitsbeamte seit der Besuchsankündigung wie ein Alptraum verfolgt: daß der Präsident der USA auf deutschem Boden zu Tode kommen könnte.

Auf jeden Fall aber werden amerikanische Fernsehteams die Bilder der deutschen und eigens zugereisten rest-europäischen Demonstranten, der Schmäh-Plakate und vielleicht auch brennender US-Flaggen „in living color“ in die Wohnzimmer der Vereinigten Staaten tragen; und amerikanische Kolumnisten, vor allem die von rechts, werden sich, unbeeindruckt von Kohls Gegen-Demo und Präsident Carstens' Besuch bei US-Truppen in der Bundesrepublik, über die undankbaren Deutschen entrüsten und die bange Frage wiederholen: Ist auf diese Deutschen noch Verlaß?

Es ist, mit entgegengesetztem Vorzeichen, eine ähnlich bange Frage, wie sie von den Demonstranten und Millionen anderer Deutscher wie Europäer auch gestellt wird und die den tiefen Wandel in den Beziehungen zwischen den USA und Europa, vor allem zwischen Amerikanern und Deutschen, umschreibt: Ist auf die Amerikaner, ist auf diesen Präsidenten Ronald Reagan noch Verlaß, wenn es gilt, den Frieden der Welt zu erhalten?

Und mehr noch: Ist dieser Präsident wirklich der Repräsentant desselben Volkes, desselben Landes, das Europa in zwei Weltkriegen rettete, auf das die Europäer und vor allem die Deutschen

jahrzehntelang voller Ehrfurcht und Bewunderung geblickt hatten, dem sie sich – wenn auch oft unreflektiert und sentimental – verbunden fühlten wie keinem anderen Land der Welt und keinem anderen Land zuvor?

Ronald Reagan ist in den Augen vieler Europäer vor allem ein Mann zum Fürchten, der erste Nachkriegspräsident der USA, dem manche wirklich zutrauen, was sie nicht einmal den Machthabern im Kreml unterstellen: daß er jenen letzten, entscheidenden Schritt in Richtung auf den Abgrund, den dritten, totalen Weltkrieg gehen könnte.

Johnsons Vietnamkrieg hatte – bei aller Grausamkeit und den zwei Millionen Toten, die er kostete – einen Zug von schicksalhafter Verstrickung; Nixons Watergate war – bei aller Immoralität – das aufregende Drama eines politisch verdienstvollen Schurken; der fromme Missionar Carter scheiterte an den bösen Realitäten der Welt. Keiner von ihnen hat sein politisches Ansehen so obenhin, fast spielerisch riskiert wie der ehemalige Schauspieler, der die USA seit Januar 1981 regiert.

Ronald Reagan ist ein Synonym für gefährliche atomare Kraftmeierei geworden, erscheint als Cowboy, der aus der Hüfte schießt, Bomben und Raketen schwingt, besessen von der Idee, den roten Stier bei den Hörnern zu packen und zu Boden zu zwingen.

Karikaturisten machten diesen Präsidenten zum Ebenbild des Teufels, dem Raketen statt Hörner aus dem Kopf wachsen, dessen Penis natürlich die Form einer Rakete hat und der den nimmersatten Moloch Militär unablässig vollstopft mit explosivem Kraftfutter.

* Mit Ehefrauen Loki Schmidt, Nancy Reagan.

Wenn denn seine Europareise zum Horrortrip wird – er hat auch selbst dazu beigetragen: 1,6 Billionen Dollar – das sind, in Ziffern, etwa 3 800 000 000 000 Mark – will er in den kommenden fünf Jahren in Amerikas Rüstung pulvern. An die Spitze seiner Abrüstungsbehörde setzte er zwei der militantesten Aufrüster. Er und seine wichtigsten Mitarbeiter und Minister behaupteten, ein Atomkrieg lasse sich begrenzen, auch ein unbegrenzter noch gewinnen, redeten von einem atomaren Warnschuß über Europa und forderten, das sowjetische Imperium müsse „mit einem Winseln und nicht mit einem großen Knall“ zusammenbrechen.

Rüstungswahn und Atomkriegsrhetorik dieser Administration haben das westliche Bündnissystem zu dem Zeitpunkt, da es sich um ein 16. Mitglied – Spanien – verstärkt, in einer Weise politisch erschüttert wie, trotz aller europäisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten, nie zuvor seit Gründung der Nato. Zum erstenmal in der Geschichte dieser Allianz gibt es fast keine politische Grundsatzposition, keinen geographischen Schauplatz, keinen Konflikt-herd, über die sich Europäer und Amerikaner einig wären – von Währungsfragen bis zur Entwicklungshilfe, von Polen bis Falkland, von Ost-Krediten bis zur Sicherheit.

Mehrmals und lauthals wurde das Zeitalter der Entspannung in Washington für passé erklärt, Europa aber gedenkt es noch fortzuführen. Die Europäer möchten das Sowjetsystem durch Handelsausbau und Kreditgewährung auf den Weg der Vernunft bringen, Amerika durch das krasse Gegenteil: durch Handelsboykott und Kredit-sperre.

Noch niemals in der Geschichte dieser Allianz waren die politischen Konzepte zur Bewältigung der notorischen Kapitalismuskrisen so diametral entgegengesetzt (abgesehen vom Sonderfall England) wie derzeit, traf die Behauptung der Amerikaner, daß mehr Rüstung auch mehr Sicherheit schaffe, auf solch breiten Protest der Europäer, die meinen, daß mehr Rüstung durchaus auch mehr Unsicherheit schaffen könne, jedenfalls für sie.

Das „Gleichgewicht des Schreckens“ unter den Großen, bislang als stabile Garantie gegen eigene Vernichtung wie gegen die Unvernunft der Kleinen angesehen, geriet zum Symbol politischer Instabilität und zur möglichen Ursache einer militärischen Katastrophe.

Noch niemals zuvor wurden mehr amerikanische Waffen in Europa anders als ein Mehr an Schutz angesehen, stets waren sie deshalb hochbegehrt. Neuerdings aber gelten mehr amerikanische Waffen in Europa als mögliche Ursache stärkerer Bedrohung – und werden deshalb zurückgewiesen.

Und schließlich, im moralischen Unterbau der Politik: Noch niemals gab es in Europa eine so vergleichsweise breite Bewegung mit potentiell neutralistischem und anti-amerikanischem Akzent, die sich eine in etwa gleiche Distanz der Europäer von den beiden Supermächten wünscht – für viele der oft penetrant moralisierenden Amerikaner eine besonders schlimme Herausforderung.

Sie sehen die Europäer als ungebändigte Alliierte an, die abwechselnd nach mehr Führung durch die USA schreien, aber dann diese Führung zurückweisen; die sich mal beklagen, die Amerikaner exportierten ihre Inflation um ihrer Beschäftigungspolitik willen, und mal, sie exportierten die Arbeitslosigkeit, um ihre eigene Inflation zu bekämpfen; die angeblich erwarten, daß die Amerikaner für sie alle Risiken tragen, aber sie keine für die Amerikaner – von den Stationierungskosten bis zum Atomschirm.

Der Gast aus Amerika braucht sich über den tiefgehenden Dissens mit den Europäern nicht zu wundern – zu Hause tritt eine Friedensbewegung gegen ihn an, die – intellektueller und prominenter als der Vietnamkriegsprotest – seine Rüstungspolitik noch grundsätzlicher in Frage stellt als die Europäer (SPIEGEL 16/1982).

Kein amerikanischer Präsident vor Reagan stand je, zu diesem Zeitpunkt seiner Amtszeit, so tief in der Gunst seiner Landsleute wie Ronald Reagan. Würde heute gewählt, so ergab eine Umfrage, könnte er sich gegen den Senator Edward Kennedy, der bislang nicht einmal in seiner eigenen Partei die Nominierung als Präsidentschaftskandidat erhielt, nicht behaupten.

Über zehn Millionen Amerikaner sind ohne Arbeit, mehr als je seit der Großen Depression Ende der 20er Jahre. Amerikas Wirtschaft steckt, mit einem aben-

teuerlich hohen Zinsniveau, in einer schweren Rezession. Reagans mit viel Verve vorgetragenes Wirtschaftsprogramm, kurz „Reaganomics“ genannt, hat sich als Flop erwiesen, hat tatsächlich die Armen ärmer und die Reichen reicher gemacht.

Auch im Ausland bieten die Aktivitäten der Reagan-Regierung ein Zerrbild dessen, was man an kluger Außenpolitik der westlichen Führungsmacht erwarten könnte.

In Zentralamerika verzettelte sich die Regierung Reagan in innenpolitische Parteikämpfe und blindwütigen Antikommunismus. Das Regime in Nicaragua etwa, das den von Washington ausgehaltenen grausamen Diktator Somoza gestürzt hatte, wird undifferenziert als Vorposten Moskaus verdammt. Im benachbarten El Salvador setzten die USA auf die Militärs – und wunderten sich

Washington bot sich als außenpolitisch führungslos dar, als eine Machtzentrale, in der heute Außenminister Alexander Haig das eine, morgen Verteidigungsminister Caspar Weinberger ein anderes, übermorgen dessen Unterstaatssekretär Richard Perle ein weiteres Konzept vorträgt, wo Szenarien in einer verwirrenden Fülle und Geschwindigkeit entwickelt, veröffentlicht, verworfen, wiederbelebt werden, wie es auch in den schlimmsten Tagen der Regierung des Amateurs Carter nicht schlimmer war.

Die Folgen der politischen Mißgriffe wie des Übermaßes an Rhetorik und Symbolik waren schließlich so unübersehbar, daß die Reagan-Leute sich – befremdlich spät für das schnellebige Amerika – zu einer spektakulären Frontbegradigung entschlossen, nicht in der Innen- und Wirtschaftspolitik, wo die obskuren „Reaganomics“ nach wie vor



US-Soldaten in der Bundesrepublik, Besucher*: Ist auf die Deutschen noch Verlaß?

dann, daß bei den Präsidentschaftswahlen Ende März ein Mann an die Spitze gelangte, der sogar ihnen zu rechts war.

Zickzack und Kopflosigkeit auch im Nahen Osten, wo das einzige Konzept der Regierung Reagan darin zu bestehen scheint, die ohnehin schon waffenstarken Araber und Israelis mit noch mehr Waffen zu versorgen und gelegentlich einmal einen hochkarätigen US-Diplomaten vor Ort zu schicken.

Besonders schlimm aber wurde es für die Regierung Reagan, als im Südatlantik zwei ihrer Verbündeten aufeinander zu schießen begannen. Zunächst versuchte Washington, zwischen Argentinern und Briten zu vermitteln, schlug sich dann aber so abrupt auf die Seite Londons, daß die Position der USA in Lateinamerika und der Dritten Welt vermutlich auf Jahre darunter zu leiden haben wird.

gelten sollen, sondern an der schwer bedrängten Friedensfront.

Auf wiederholtes Ersuchen der Europäer räumte Washington die Position, daß mit den Sowjets über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung nicht verhandelt werden dürfe, solange die Sowjet-Aggression in Afghanistan, dann die Sowjet-Drohung gegen Polen bestehe, und beendete die dreijährige, schon von Carter verhängte Dialogpause: Seit November 1981 verhandelt Amerika entsprechend dem Nato-Doppelbeschluß mit der Sowjet-Union in Genf über die atomaren Mittelstreckenwaffen, vom 29. Juni an auch über die Interkontinentalraketen.

Reagans Vorschläge für Gespräche über eine Verringerung der strategischen Waffen (Strategic Arms Reduction

* Bundespräsident Carstens vorige Woche in der US-Garnison Garlstadt bei Bremen.

Talks, „Start“), verkündet am 9. Mai an seiner Alma mater in Eureka, waren für Moskau offenbar attraktiv genug, dem Start der Verhandlungen zuzustimmen, zumal da Washington nun auch die hochgeputzte Rhetorik mäßigte: Der Sowjet-Führung wurde plötzlich bescheinigt, daß sie „keinen Krieg“ wolle, ein Gipfel mit Breschnew ohne die Vorbedingung vorherigen Wohlverhaltens und ohne demütigende Umstände („am Rande der Uno-Vollversammlung“, wie es zunächst herablassend geheißen hatte) für nützlich befunden.

Kein Zweifel – die amerikanische Politik hat sich bewegt, und zwar in die Richtung, welche die Europäer sich wünschten. Aber die Plötzlichkeit der Konversion von der Auf- zur Abrüstung, die offenkundige Leichtigkeit, mit der diese Administration von Kriegs- auf Friedensszenarien schaltete, weckten

„Ich glaube“, räumt sogar Andrew Young ein, der als Carters Uno-Botschafter gegen die Reichen und den Imperialismus zu Felde zog, „Präsident Reagan meint es gut und ist wirklich ein gutherziger, anständiger Mann.“

Aber, schränkt Young ein, „er begreift die Welt daheim und im Ausland nicht mehr“. Er sei, sagt William Colby, Ex-Chef des Geheimdienstes CIA, „nicht gerade ein großer Intellektueller“.

Ronald Reagan also zugleich Welt-schreck und gutherziger Großvater, kriegslüsterner Friedensfreund und friedliebender Krieger, ein Präsident voller innerer Widersprüche und darum so widersprüchlich beurteilt?

Die Antwort ist vermutlich einfacher, vielleicht so einfach wie Ronald Reagan selbst: Er ist, so der Historiker Arthur

hat die Zentralregierung zu viele Aufgaben übernommen und das Individuum erdrückt.

▷ Im Ausland lauert der sowjetische Kommunismus nur auf den geeigneten Augenblick, um Regierungen zu unterwandern, zu stürzen und die Position der von Gott zur moralischen Führungsmacht der Welt bestimmten USA weiter zu schwächen.

Amerika, so tönt Ronald Reagan nun bereits seit Jahrzehnten nahezu unverändert, müsse der Hydra „Big Government“ das Haupt abschlagen und sich wieder auf jene inneren Werte besinnen, durch die das Land einmal groß und mächtig geworden sei: „Im Mittelpunkt unserer Botschaft sollen fünf einfache, vertraute Worte stehen: Familie, Arbeit, Nachbarschaft, Freiheit, Frieden.“

Dieses schlichte Evangelium hat Reagan sein Leben lang verkündet. Und



Arbeitslose in den USA: Wo Reagan sparen will, geht es zu Lasten der Armen

doch auch Zweifel, ob dem so jäh Bekehrten zu trauen, ob das alles nicht nur taktisches Finassieren sei. Der FDP-Altlinke William Borm warnte schon, Reagan müsse die Ernsthaftigkeit seiner Verhandlungsbereitschaft erst noch beweisen. Das freilich muß Breschnew gleichfalls – und daß die Sowjets Positionen preisgeben, die ihnen wichtig erscheinen, erwarten europäische Entspannungspolitikern füglich auch kaum.

Persönlichkeitsstruktur und Werdegang des Präsidenten wie amerikanisches Weltverständnis machen die Frage, wie grundsätzlich ernst oder tief sein Wandel ist, möglicherweise irrelevant.

Wenn dieser Reagan, ein aufrecht gehender, für sein Alter ungemein rüstiger Mann, in natura oder im Fernsehen auftritt, wirkt er ganz und gar nicht kriegerisch, sondern wie ein netter älterer Herr, dem man guten Willen nicht absprechen möchte.

Schlesinger jr., „ohne Frage einer der ideologischsten Präsidenten der USA, ein Mann mit starken abstrakten Überzeugungen und Prinzipien“, fest entschlossen, seine simplen Gedanken durchzusetzen.

Aber Prinzipien sind in der US-Politik auch wandelbar, vor allem bei einem Präsidenten, der gleichzeitig – kaum verwunderlich bei einem gelernten Schauspieler – der „Great Communicator“ ist, der seine Rollen so glaubhaft spielt, daß er sein Publikum (zumindest sein amerikanisches) fast immer überzeugt. Das ging so weit, „daß er ein Jahr lang die unsinnigsten Sachen erzählen konnte, ohne dafür von der Bühne gelacht zu werden“, sagt der demokratische Kongreßabgeordnete Henry S. Reuss.

Die simplen Ideen des Ronald Reagan spiegeln eine Welt in Schwarzweiß ohne Zwischentöne wider:

▷ In den USA selbst ist die Regierungsbürokratie die Wurzel allen Übels,

solange sich die Welt derart holzschnittartig darstellen läßt, lassen sich auch Diagnose, Therapie und Parolen für den „Kreuzzug“ (so Reagan) zur Rettung der Nation und der Welt bequem auf ein paar handlichen Karteikarten unterbringen, mit deren Hilfe Ronald Reagan bislang noch beinahe jeden seiner Auftritte bestritt.

Seine Vision für die Zukunft heißt: zurück in die Vergangenheit, in ein Amerika, in dem er selbst einst gelebt hat, abgeschirmt von den gesellschaftlichen Problemen der Großstädte, in einem Umfeld, in dem es kaum einen Schwarzen, kaum einen Latino gab, wo die Welt, bei aller Wirtschaftsnot der Großen Depression und allen familiären Sorgen mit dem oft betrunkenen Vater, eben doch in Ordnung war.

Das ist jenes Amerika um die Illinois-Städtchen Tampico, Dixon und Eureka, wo Ronald Reagan seine Kindheit und Jugend verbrachte und zum typischen

Produkt jener dort, im Mittleren Westen, beinahe heilig gehaltenen Kultur der „Main Street“ wurde, der symbolischen Hauptstraße, die Amerikas erster Literatur-Nobelpreisträger, Sinclair Lewis, in seinem gleichnamigen Roman verspottete.

„Main Street“ ist die liebenswerte, wenn auch leicht muffige Kleinstadt mit angemessenem Respekt vor den Geschäftsleuten, die es schließlich zu etwas gebracht haben, mit einfacher, oft spießiger Moral und viel Mißtrauen gegen jeden Wandel.

In Hollywood lernte dieser Ronald Reagan aus Illinois die bösen Kommunisten kennen, die – ebenso wie die Mafia – versuchten, die seit 1947 von ihm geführte Schauspielergewerkschaft zu unterwandern.

Reagan trat als Zeuge vor dem Kongreßausschuß für Unamerikanische Umtriebe auf (Vorsitzender: der Kommunisten-Fresser Joseph McCarthy, Mitglied: der kalifornische Abgeordnete Richard Nixon), trug fortan einen Revolver bei sich und hielt sich eigene Leibwächter.

Seine endgültigen Konturen nahm Ronald Reagans Weltbild schließlich, ebenfalls in Hollywood, an, als er nach einem Wahlkampfauftritt für den rechten Präsidentschaftskandidaten Barry Goldwater einer Gruppe machthungriger, von Reagans Talent als „Great Communicator“ beeindruckter kalifornischer Millionäre in die Hände fiel.

„Er war so gut“, befand der Ölmagnat Henry Salvatori. „daß wir beschlossen, ihn (für das Amt des Gouverneurs) kandidieren zu lassen.“ Die Welt dieser reichen kalifornischen Selfmademen wurde Ronald Reagans Welt – er hat sie seither nie wieder verlassen.

Daß dies eine Welt fern von den Realitäten des amerikanischen Alltags

ist, tat und tut Ronald Reagans Selbstverständnis keinen Abbruch – zumal er (1966) mit seinen simplen Slogans im stets etwas exzentrischen Kalifornien tatsächlich zum Gouverneur gewählt wurde.

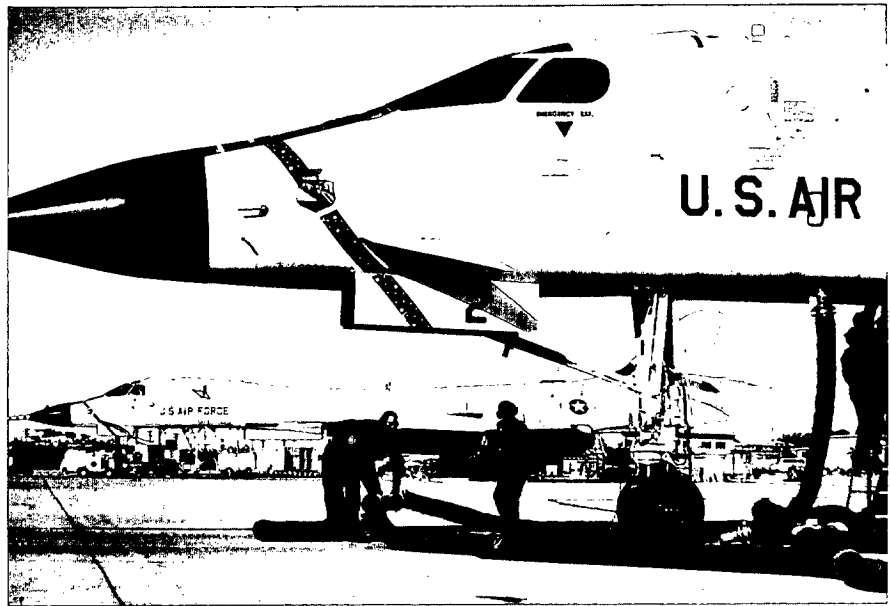
Auf Bundesebene allerdings kam Ronald Reagan mit seinen Sprüchen (noch) nicht an. Ein erster, etwas zaghafter Griff nach der Präsidentschaft scheiterte 1968 bereits in der Republikanischen Partei, die sich für ihr altes Schlachtroß Richard Nixon entschied. Der wurde dann auch mit hauchdünnem Vorsprung gegen den Demokraten Hubert Humphrey gewählt – weil knapp zehn Millionen Amerikaner ihre Stimme dem populistisch-reaktionären Gouverneur George Wallace aus Alabama gaben, dessen Programm in großen Teilen von Ronald Reagan hätte stammen können.

Auch 1976, beim zweiten Versuch, scheiterte Reagan schon innerhalb der eigenen Partei: Nach Nixons Watergate-Debakel hatte der wohlmeinende Gerald Ford die Nation gerade wieder leidlich beruhigt, eine knappe Mehrheit der Republikaner verhinderte den Königsmord und gab Ford die Kandidatur.

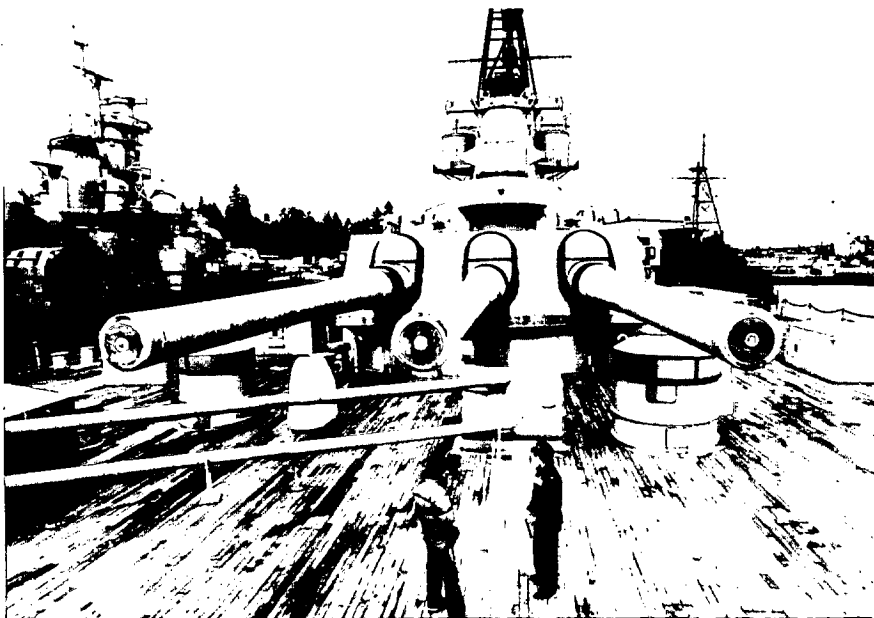
Immerhin: Damals bereits drückte Reagan dem Wahlprogramm seiner Partei seinen Stempel auf; auf seinen Druck hin setzte bereits Gerald Ford das Wort „Détente“ auf den Index.

1980 schlug dann doch noch Reagans Stunde. Und nicht er hatte sich geändert, sondern Amerika.

Daß der Apostel des glücklichen Gestern endlich ankam, lag zum einen gewiß an seinem Widersacher: Jimmy Carter, 1976 als frommer Seelenmasseur ins



Amerikanischer B-1-Bomber: Von jedem zusätzlich eingenommenen Dollar ...



... gehen 97 Cent in die Rüstung: **Entmottetes US-Schlachtschiff „New Jersey“**

Weißes Haus gewählt, hatte schon nach kurzer Zeit seinen politischen Kredit verspielt.

Amerika, Amerikas Verbündete klagten über die Führungsschwäche des ehrlichen, aber doch so weltfremden Sonntagspredigers aus Plains, der gleich nach seinem Amtsantritt einen 111 Seiten umfassenden Katalog seiner Wahlversprechungen veröffentlicht und noch einmal versichert hatte, er werde jedes einzelne Versprechen einhalten, und dann kaum etwas abhaken konnte.

In seiner Amtszeit hatte die Inflation zweistellige Rekordhöhen erreicht, hatte der Dollar seinen Wert verloren, waren die Sowjets in Afghanistan einmarschiert, hatten die bärtigen Revolutionäre des Ajatollah Chomeini amerikanische Diplomaten als Geiseln genommen und die Führungsmacht des Westens monatelang gedemütigt.

Amerika, so schien es, hatte den Glauben an sich selbst und die Welt verloren, war zum Giganten auf unsicheren Füßen

geworden, richtungslos, reif für eine Atempause. „Nach Phasen der Aktion, des Idealismus, der Reform“, analysiert Arthur Schlesinger. „braucht das Land eine Phase der Ruhe, um sich an das Neue zu gewöhnen, zu konsolidieren.“

Das war schon zu Beginn dieses Jahrhunderts so, als dem ungestümen Theodore Roosevelt und dem Weltkrieg-I-Präsidenten Woodrow Wilson, der Amerika herausführen wollte aus der selbstgewählten Isolation, drei passive Präsidenten folgten. „Amerika war ausgebrannt“, so Schlesinger. „die Leute sehnten sich nach Normalität“ – und bekamen den farblosen Warren G. Harding, danach den Nichtstuer Calvin Coolidge und schließlich den Depressions-Präsidenten Herbert Hoover.

Coolidge, von Amerikas Historikern als einer der schwächsten Präsidenten



Reagan-Vorgänger Hoover
Am Ende schmachlich davongejagt

der US-Geschichte eingestuft, ein Mann, der seine Amtszeit vor allem zum Angeln und für lange Mittagsschläfen nutzte, ist eines der Vorbilder Ronald Reagans. Gleich nach seinem Amtsantritt ließ der Kalifornier ein Porträt des 30. US-Präsidenten im Kabinetssaal des Weißen Hauses aufhängen.

Die Phase der Friedhofsruhe, an deren Ende die Große Depression stand, wurde abgelöst von den hektischen, aufwühlenden Amtsjahren Franklin D. Roosevelts und Harry Trumans, die Amerika eine soziale Revolution, einen weiteren Weltkrieg, die Atombombe und den Krieg in Korea brachten. Dann kam wieder eine Ruhepause unter Dwight D. Eisenhower, dann abermals soziale Aufregung:

John F. Kennedy wollte innenpolitisch „Neue Grenzen“ erschließen, Lyndon B. Johnson den Grundstein für eine „Große Gesellschaft“ legen, Amerika

erlebte gewaltige Umbrüche: Verabschiedung der Bürgerrechtsgesetze, Ausbau des Wohlfahrtsstaates, gigantische Fortschritte auf dem Gebiet der Technik. Menschen auf dem Mond, aber auch Studentenunruhen, Rassenkämpfe, die Schüsse von Dallas, den Krieg in Vietnam, die Morde an Martin Luther King und Robert Kennedy, Watergate.

Stärker noch als in den 20er und 50er Jahren wurde die nationale Erschöpfung spürbar. „zu erkennen am allgemeinen Driften, am Zynismus, am Hedonismus“, urteilt Schlesinger. Amerika brauchte politisches Valium.

Da kam Ronald Reagan gerade zur rechten Zeit. Wenn Jimmy Carter angesichts der drohenden Niederlage ausfallend wurde, federte Reagan elegant zurück, stand über den Dingen, gab der Nation einen Vorgeschmack auf die Wohligkeit seiner Zukunft von gestern. Und die Amerikaner folgten ihm nun offenbar bereitwillig.

Ob sie sein Programm als Reformation, als Konterrevolution oder als Kreuzzug auffaßten – frei nach Schlesinger und Coca-Cola hieß die Devise: „Mach mal Pause.“ James A. Baker III, Ronald Reagans Stabschef im Weißen Haus, hatte gewiß recht, als er später erklärte: „Keinem Präsidenten seit Dwight D. Eisenhower wurde soviel Goodwill entgegengebracht.“

Doch kaum war Ronald Reagan ins Weiße Haus eingezogen, da stellte sich heraus, daß die Weltanschauung des Präsidenten und sein aberwitziges Wirtschaftsprogramm tatsächlich in Politik umgesetzt werden sollten. Während viele Politiker in Europa und vor allem in Bonn, den unglücklichen Carter vor Augen, noch darauf bauten, Reagans Wahlkampflogans seien eben nur Wahlkampflogans gewesen, ergab in den USA eine Umfrage nach der Wahl, daß 47 Prozent der Wähler für Reagan gestimmt hatten, damit er „die Inflation unter Kontrolle“ bringe, 45 Prozent aus Besorgnis über „Amerikas Rolle in der Welt“.

Und daraus machten Ronald Reagan und seine Berater nun ein Mandat, ein Programm, das absurd wirkte:

- ▷ Eine Steuersenkung von 25 Prozent innerhalb von drei Jahren sollte die Wirtschaft stimulieren.
- ▷ Eine Streichung von über 40 Milliarden Dollar bei den Staatsausgaben, vor allem bei den in Amerika ohnehin knapp bemessenen Sozialleistungen, sollte schon im ersten Haushaltsjahr die Inflation bremsen.
- ▷ 1,6 Billionen Dollar, über fünf Jahre verteilt, sollten Amerika militärisch wieder zur unangefochtenen Nummer eins machen.

Trotz des durchdringenden unsozialen Hautgout sahen manche Amerikaner in Ronald Reagan einen zweiten Andrew Jackson, einen Präsidenten, der seine Wahlversprechungen auch durchsetzte.



Reagan-Vorbild Coolidge*
Am liebsten angeln oder schlafen

Jackson, Präsident von 1829 bis 1837, hatte versprochen, die von der Regierung unabhängige, gegen sie arbeitende „Bank of the United States“ zu zerschlagen – und er zerschlug sie. Ebenso konsequent schaffte Reagan, wie im Wahlkampf versprochen, das erst von Carter gegründete Energieministerium mit nahezu 20 000 Mitarbeitern wieder ab.

Nach dem Chaos der Carter-Jahre war, so schien es anfangs, endlich wieder Ruhe und Ordnung im Weißen Haus eingeleitet – und auch jener gesellschaftliche Glanz, den Amerika nach dem Verständnis der Reagans und ihrer reichen Freunde von den höchsten Repräsentanten des Staates erwartet.

Präsidenten-Gattin Nancy erschien in immer neuen Roben, mit immer schönem Schmuck, der Präsident trug wieder Frack, und endlich spielte man bei seinem Eintreten auch wieder die von Carter abgeschaffte Hymne „Hail to the Chief“ – man war symbolisch zurückgekehrt zur Monarchie, die Amerika 1776 eigentlich nur widerwillig abgeschafft hatte. Postkarten mit einer gekrönten

* 1928 in Cowboy-Kleidung bei der Feier seines 55. Geburtstags, des 151. Jahrestages der amerikanischen Unabhängigkeit und seines 5. Jahrestages als Präsident der USA.

„Queen Nancy“ ließen nicht lange auf sich warten.

Nur Puristen mochten sich darüber erregen, daß im Weißen Haus für 209 508 Dollar neues Porzellan angeschafft wurde, während zugleich rund drei Millionen bedürftigen Kindern die freie Schulspeisung gestrichen wurde und vor den Kirchen der Hauptstadt bedürftige Farbige Schlange standen, um Käse zu ergattern, der aus Überschußbeständen kostenlos abgegeben wurde.

Und nur pedantische Neider mochten kritisieren, daß sich die First Lady zur Amtseinführung ihres Ronald vom New Yorker Juwelier Harry Winston Pretiosen im Werte von 100 000 Dollar auslieh und ein Jahr lang vergaß, sie zurückzugeben. (Der smarte Winston nutzte das zur Image-Pflege: Er stiftete das Geschmeide als Grundstock für eine Juwelensammlung im Weißen Haus.)

Dem persönlichen Charme und taktischen Geschick des Präsidenten konnten sich anfangs die meisten Amerikaner nicht entziehen. In Rekordzeit und ohne nennenswerte Änderungen brachte er sein Wirtschaftsprogramm durch den Kongreß. Amerika, so ließ er die Nation wissen, sei auf dem richtigen Weg.

Es war freilich eine Einbahnstraße. Denn ganz oben auf Ronald Reagans Prioritätenliste stand und steht das eigene Haus. Wenn das erst einmal in Ordnung – in seine Ordnung – gebracht sei, dann, so argumentiert er, werde Amerika beinahe automatisch wieder die Nummer eins in der Welt werden.

Außenpolitik stand deshalb zunächst überhaupt nicht auf dem Programm, er überließ sie dem Außenminister. Doch Alexander Haig hat, so der Abgeordnete Henry S. Reuss, „zwar Kissingers Ehrgeiz, aber nicht seinen Grips“ – mit dem Ergebnis, daß bald jedermann in Washington Außenpolitik machte.

Ob Caspar Weinberger, der Verteidigungsminister, oder Edwin Meese III. Chefberater im Weißen Haus, ob Richard Allen oder sein Nachfolger als Sicherheitsberater, William Clark, alle fühlten sich zuständig, und alle hatten andere Vorstellungen. Aus dem beinahe systemimmanenten Zweikampf zwischen Außenminister und Sicherheitsberater wurde ein Grabenkrieg mit einer Unzahl von Akteuren, beinahe täglich fühlte sich ein anderer als Sieger, nur: Eine kohärente Außenpolitik konnte dabei nicht entstehen.

„Die Leute“, so ein hoher Beamter im State Department resignierend zum SPIEGEL, „kamen aus Kalifornien und merkten gar nicht, daß sie nun Politik auf einer ganz anderen, viel höheren Ebene machen.“

Da war plötzlich, für ein paar Monate, Libys Gaddafi der Weltfeind Nummer eins, wurden angeblich libysche Killer-Kommandos gegen den Präsidenten in die USA eingeschleust; eine riesige US-Armada lief demonstrativ in die Große Syrte vor der libyschen Küste ein, zwei

libysche Flugzeuge wurden im Luftkampf abgeschossen.

Dann war Gaddafi wieder vergessen (Beweise für die Killer-Kommandos wurden nie beigebracht), waren die Machthaber in Nicaragua die wirklichen Bösewichte, stritten die Minister laut darüber, ob Washington Truppen nach El Salvador entsenden und das polnische Militärregime zum Offenbarungseid zwingen solle. Und der Produktionsbeginn für die Neutronenwaffe wurde ausgerechnet am Jahrestag des Atombombenangriffs auf Hiroshima verkündet.

Diese Kette der Irrungen, Wirrungen und politischen Taktlosigkeiten tat dem

erte. Bis in den Herbst hinein, als in Europa die Friedensbewegung schon seit Monaten gegen Reagans Rüstung protestiert hatte, war Ronald Reagan daheim praktisch tabu.

Doch allmählich ließ sich nicht mehr übersehen, daß sich hinter der Nebelwand von Glanz, Glitter und durch ihre Schlichtheit eingängigen Wahlkampfpapieren eine Leere verbarg. Diese Präsidentschaft, schrieb die „New York Times“, sei umgeben von einer „Aura des Unwirklichen, der absichtlichen, kalkulierten Illusion“.

Die Rezession beschleunigte sich, und mit einem Male stand Ronald Reagan vor den Widersprüchen seines eigenen Programms. Zwar sank die Inflation, aber zugleich stiegen die Zinsen und die Arbeitslosigkeit. Der im Wahlkampf versprochene ausgeglichene Haushalt wurde zum Phantom: Wahrscheinlich wird Reagans Wirtschaftspolitik dem Land die höchsten Haushaltsdefizite seiner Geschichte beschern. Schadenfroh erinnerten Reagan-Kritiker daran, daß sein eigener Vizepräsident George Bush, als er noch gegen Reagan um die Präsidentschaftskandidatur kämpfte, dessen „Reaganomics“ als „Voodoo economics“ (nach dem haitianischen Geisterkult Voodoo) verspottete.

Langsam erst, dann für alle Welt sichtbar setzten sich die Wirtschaftsexperten aus Wall Street und Big Business vom Präsidenten ab, und in Washington demonstrierten 250 000 Amerikaner gegen die har-

ten Sparprogramme, die vor allem zu Lasten der Armen gehen.

Mit dem wachsenden Unmut nahmen auch die direkten Fragen zu – und da offenbarte der Präsident eine bedrückende, wenn auch erwartete intellektuelle Flachheit und einen unerwartet sorglosen Umgang mit den Fakten.

Der „Great Communicator“, so stellte sich heraus, kommt nur dann an, wenn er aus der sicheren Distanz der vorgeschriebenen Rede vor das Volk tritt, mit Drehbuch, nicht jedoch improvisierend.

Auf die Frage, warum Ronald Reagan seine – wenigen – Pressekonferenzen nachmittags und nicht in der Hauptsendezeit des Fernsehens gebe, antworteten bissige Beamte der Administration, dann



Nancy-Reagan-Postkarte: Mit der Krone einer Königin

Ansehen des Präsidenten daheim gleichwohl kaum Abbruch. Denn wie für Ronald Reagan ist auch für die große Mehrheit der Amerikaner die Außenpolitik allenfalls zweitrangig, wenn nicht gerade US-Botschafter entführt oder US-Flaggen verbrannt werden.

Hinzu kam: Sogar die sonst so scharfzüngige Presse der amerikanischen Ostküste schonte den Präsidenten; noch galt jener merkwürdige Waffenstillstand, den Amerikas Medien jedem Präsidenten für seinen „Honeymoon“, seine Flitterwochen im Amt, einräumen und der für Ronald Reagan stillschweigend verlängert worden war, als am 30. März vorigen Jahres der junge John W. Hinckley seine Schüsse auf den Präsidenten abfeu-

habe er weniger Zuschauer, und seine Mitarbeiter hätten genug Zeit, seine Aufführungen bis zu den Abendnachrichten zu korrigieren. „Der Präsident hat sich falsch ausgedrückt, als er erklärte...“ ist mittlerweile ein beliebter Witzanfang in Washington.

Und ebenso eifrig parodiert wird inzwischen die ständig wiederkehrende Beteuerung der Regierung, die „Reaganomics“ würden schon noch greifen, man müsse dem Programm nur eine faire Chance geben.

Dazu war der Kongreß im vorigen Jahr noch bereit gewesen. Als Reagan nun aber seinen neuen Haushalt vorlegte, stieß er sogar bei vielen seiner eigenen Parteifreunde auf Widerstand: Wo gespart werden sollte, ging es von neuem zu Lasten der Armen – und zugunsten des Militärs, für das sogar längst einge-

spürbar. Und eingeholt hat den Präsidenten auch die rhetorische Frage, mit der er Jimmy Carter im Herbst 1980 im Fernsehduell auspunktete. Damals hatte Reagan das letzte Wort, zählte einen Mißstand nach dem anderen in Carters Amerika auf und fragte die Millionen Zuschauer: „Geht es Ihnen heute besser als (bei Carters Amtsantritt) vor vier Jahren?“

„Geht es Ihnen heute besser als vor einem Jahr?“ wollten die Demoskopen nach einem Jahr Reagan von den Amerikanern wissen. 62 Prozent antworteten mit nein, nur 37 Prozent meinten, sie seien besser dran.

„Wenn es so weitergeht“, folgert der Wirtschaftspräsident Robert L. Heilbroner, „bestehen gute Aussichten, daß Ronald Reagan ein zweiter Herbert Hoover wird – im Triumph gewählt, mit Schande

irrwitzig anmutendes, ebenso gigantisches wie dilettantisches Zivilschutzprogramm mit eingesparten Sozialgeldern – da endlich reagierte Amerika.

Innerhalb weniger Monate überzog eine Protestwelle gegen die Atomrüstung das gesamte Land; im Senat forderten Edward Kennedy und Mark Hatfield, weitergehend als die Europäer, ein Einfrieren („Freeze“) der atomaren Rüstung auf dem gegenwärtigen Stand; ihr Buch „Freeze!“ wurde innerhalb weniger Wochen ein Bestseller (auch als SPIEGEL-Buch in der Bundesrepublik).

Überall im Lande wurde gegen den Rüstungswahn demonstriert – weniger wild und laut zwar als vor Jahren gegen den Krieg in Vietnam, aber vielleicht gerade deswegen um so wirkungsvoller und eindringlicher. Kirchen und Künstler, Wissenschaftler, Ärzte, Hausfrauen riefen zum Kreuzzug gegen die Atomrüstung.

Unter den Protestanten findet sich auch Reagans eigene Tochter Patti Davis, 29, im Showgewerbe tätig wie einst ihr Vater. Sie meint: „Die Vorstellung eines begrenzten Atomkriegs ist absurd. Es würde keine Begrenzung und keine Überlebenden geben.“

Ein paar Wochen schien die Regierung paralytisch, geschockt von der Erkenntnis, daß die Amerikaner offenbar sehr viel weniger konservativ sind, als sie selbst glauben, und die Welt eben doch sehr viel komplizierter ist als in Ronald Reagans Vorstellungen.

„Das amerikanische Volk“, so analysierte der Kolumnist James Reston die Widersprüche, „will weniger Staat, aber mehr staatliche Leistungen. Die Menschen wollen die militärische Verteidigung verstärken, aber keine allgemeine Wehrpflicht. Sie lehnen die Philosophie, die Aggressionen und Gewalttaten der Sowjet-Union ab, befürworten aber dennoch Verhandlungen über eine Kontrolle der Atomwaffen.“

Diese Unterscheidung hatte Ronald Reagan bislang übersehen – jetzt vollzog er sie nach. Im Mai klangen mit einem Male die neuen Töne aus dem Weißen Haus. Der Präsident besuchte Schwarze in ihren Gettos, diskutierte an ihren Schulen, holte zwei Schwarze in seinen Mitarbeiterstab – und sprach plötzlich sehr ernsthaft, kaum mehr schmähend von den Sowjets, die er bis dahin als Lügner und Betrüger attackiert hatte.

An seiner alten Uni in Eureka hielt er eine Rede, die jeder der von ihm als lasch im Umgang mit den Sowjets verurteilten Vorgänger hätte halten können. Und ausgerechnet am Memorial Day, dem Ehrentag der Kriegstoten, verkündete er auf dem Heldenfriedhof von Arlington den Beginn der „Start“-Gespräche zum 29. Juni.

Ein „neuer“ Reagan wurde da prompt von manchen Amerikanern und noch mehr Europäern ausgemacht, so wie sie einst bei jeder Wegbiegung einen „neuen“ Nixon erkannt haben wollten.



Anti-Reagan-Demonstration in USA*: Auch Tochter Patti protestiert

mottete Schlachtschiffe früherer Kriege wieder reaktiviert werden sollen.

Insgesamt wären von Reagans Streichprogramm mehr als fünf Millionen Amerikaner direkt betroffen, vor allem Kinder, Alte, Wohlfahrtsempfänger. Behinderte – der größte soziale Rückschritt, den je ein reiches Land getan hat, undenkbar in Europa.

Von den für das nächste Haushaltsjahr vorgesehenen Steuererleichterungen dagegen würden die sechs Prozent der Amerikaner mit dem höchsten Einkommen allein ein Drittel kassieren, die unteren 40 Prozent der Einkommensskala dagegen nicht einmal ein Zehntel. Und von jedem zusätzlich eingenommenen Dollar gehen 97 Cent ins Verteidigungsbudget. Das alles sei schon, erregte sich der Kolumnist John B. Oakes, „mehr als zynisch“.

Längst schon sind die Auswirkungen der „Reaganomics“ überall im Lande

davongejagt... Hoover begriff nicht, daß ein erfolgreiches Unternehmertum nur auf der Grundlage einer gesunden, sicheren und vernünftigen Gesellschaft gedeihen kann. Ronald Reagan wird ebenso schmachvoll enden, wenn er diese historisch belegte Lektion nicht lernt.“

Eine zweite bittere Lektion mußte er bereits lernen: daß auch seine Landsleute nicht länger bereit sind, den nuklearen Rüstungswettlauf um jeden Preis mitzumachen.

Denn mit einem Male breitete sich auch in den USA aus, was von vielen Amerikanern erstaunlich lange als europäischer Exzeß, als Erfolg kommunistischer Propaganda angeprangert worden war: eine Friedensbewegung.

Die Reagan-Leute redeten so unbefangen und unreflektiert über die Führbarkeit eines Atomkrieges mit möglicherweise „nur“ 20 Millionen Opfern auf amerikanischer Seite und planten ein

* In New Orleans.

Doch so neu ist dieser Ronald Reagan gar nicht. Er war schon immer ein Ideologe mit der Fähigkeit zu pragmatischer Kurskorrektur – in der Wirtschaftspolitik wird er sie wohl zwangsweise auch noch vollziehen. Er war so als Gouverneur von Kalifornien ebenso wie als Präsident der Schauspielergewerkschaft. Andrew Young, heute Bürgermeister von Atlanta: „Er redet wie ein Ideologe und handelt wie ein Pragmatiker.“

Europäern erscheint das ein unerklärlicher Widerspruch, aber Reagans Weltanschauung, in ihrer Schwammigkeit nicht anders als der banale, ganz aufs Erreichbare gerichtete amerikanische „Anspruch auf Glück“ aus der Unabhängigkeitserklärung, ist nach europäischen Maßstäben kaum eine „Ideologie“. Was in Europa als Verstoß gegen zuvor lauthals gepriesene Werte angesehen würde, gehört in Amerika zur Normalität, nicht nur bei Reagan.

Den Realitäten der Welt, den Sachzwängen des Alltags (und oft auch der Versuchung der Macht) konnte sich noch kaum ein moderner amerikanischer Präsident entziehen – und keiner durchlitt offenbar Gewissenskonflikte dabei.

Lyndon Johnson etwa präsentierte sich den Wählern 1964 als der zurückhaltende, friedliebende, dem Wohl der Nation verpflichtete Präsident und stellte seinen Widersacher Barry Goldwater als kriegswütigen Abenteurer hin, der nichts anderes im Sinn habe, als Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben. Einige Monate später ließ Johnson bomben, übernahm er nahezu völlig das zuvor entschieden verworfene Konzept des Republikaners.

Richard Nixon, als beinahe militanter Antikommunist verfemt und seit seiner berühmten Küchen-Debatte 1957 mit Chruschtschow auch als solcher ausgewiesen, öffnete die Tür nach China wieder, die Amerika nach Maos Machtergreifung mit Schwung zugeschlagen hatte, und handelte obendrein mit Breschnew ein erstes Salt-Abkommen aus.

Gerald Ford, der große Saubermann der Nation, leitete die „Zeit der Heilung“ (so der Titel seiner Autobiographie) ausgerechnet mit einem General-Pardon für den Oberschurken Nixon ein.

Jimmy Carter schließlich, der Moralist im Weißen Haus, predigte die Menschenrechte, entzog jenen Ländern, deren Regime dagegen verstießen, jegliche amerikanische Hilfe – es sei denn, sie waren, wie etwa Südkorea, von strategischer Bedeutung für die USA.

Ronald Reagan, so schrieb die „Washington Post“, habe sich „der Außenpolitik mit der Vorstellung genähert, die Vereinigten Staaten hätten ausdrücklich die Freiheit, all jene Regeln und Grenzen zu ignorieren, die für das Verhalten anderer Länder gelten“. Inzwischen gehe ihm auf, daß dem nicht so ist – „und nun sieht er sich dem Vorwurf

ausgesetzt, unbeständig zu sein und Prinzipien aufzugeben... Aus der Sicht des Landes ist das gar nicht so schlecht. Viel schlimmer wäre es, wenn er sich weigerte, zu lernen und wenn nötig seinen Kurs zu ändern“.

Regierungsbeamte in Washington betauern denn auch, die widersprüchlichen Realitäten der Weltpolitik und der immer stärker anschwellende Protest gegen die Atomrüstung hätten Reagan gewandelt – damit könnten sie recht haben, gewandelt im amerikanischen Sinn.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß Ronald Reagan auch vor seiner Konversion den Kommunismus vor allem mit Worten bekämpft und außer in seinen Programmen eigentlich nur sehr wenig getan hatte, was die globale Verteufelung rechtfertigen würde:

über eine Verringerung der strategischen Rüstung reden und auch das bislang von ihm verteuflte (wenngleich befolgte) Salt-2-Abkommen so lange weiter befolgen, wie sich auch die Sowjets daran halten – nach seinem bisherigen Programm eine bedeutende verbale Konzession.

Aber: Unverändert bleibt seine Entschlossenheit, so lange weiterzurüsten, wie verhandelt wird, immer noch nach der Maxime „Erst aufrüsten, um dann abzurüsten“.

Und sein Sicherheitsberater Clark verkündete, man müsse die Russen zu der Einsicht bringen, von ihren außenpolitischen Abenteuern abzulassen und sich ihrer inneren Misere im eigenen Land zu widmen.

Auch daß er seinen Widerstand gegen das europäisch-sowjetische Erdgasge-



Rheinische Post

Der Nato-Doppelbeschluß mit dem Nachrüstungsteil als Quelle allen westeuropäischen Protestes stammt nicht von ihm, stammt nicht mal aus Amerika. Weder „Pershing 2“ noch „Cruise Missile“, weder B-1- noch „Stealth“-Bomber, weder MX- noch „Trident“-Rakete, nicht einmal die Neutronenwaffe wurde von ihm oder seinen rechten Gefolgsleuten entworfen; die erste kräftige Finanzspritze für Amerikas Verteidigungshaushalt verschrieb nicht Ronald Reagan, sondern der verbitterte ursprüngliche Abrüster Jimmy Carter.

Sicher wurde Reagans Schwenk – oder Scheinschwenk – dadurch erleichtert, daß seine heile Welt nur eine Scheinwelt ist. Sicher auch dadurch, daß sein Konzept in der Außenpolitik „weit weniger klar ist als in der Innenpolitik. Um so leichter ist es, dort kleine Korrekturen anzubringen“, wie Arthur Schlesinger meint.

Und Reagans Korrekturen sind gewiß nicht eindeutig: Er will mit den Sowjets

schließlich aufgab, war nach dem vorangegangenen lauten Wortgetöse eine beachtliche Korrektur. Washington weiß, daß es den Europäern seinen Willen kaum aufzwingen kann. Aber: An Westkrediten soll der Ostblock künftig nach Reagans Willen nicht mehr genesen dürfen – was er freilich ohnehin nicht kann.

„Tief im Innern“, gibt ein Mitarbeiter des Weißen Hauses zu, „ist er immer noch auf Konfrontationskurs und sieht die Welt nur in Schwarz und Weiß. Wenn er frei spricht, merkt man das gelegentlich. Aber seine vorbereiteten Erklärungen sind jetzt zurückhaltender und staatsmännischer.“ Und in Europa wird er wohl nur vorbereitete Erklärungen abgeben.

Er sei neugierig, sagte er vor seiner Abreise versöhnlich und verständnislos zugleich, auf die Leute, die glaubten, „daß ich eine Bedrohung des Friedens darstelle“.